

Blankenburger Feuerwehr- Verein e.V.  
Berlin- Blankenburg

Berlin, im August 2011

## ***In eigener Sache***

Ereignisse und Beobachtungen der letzten Zeit lassen uns, die Kameraden der Freiwilligen Feuerwehr („FF“) Berlin- Blankenburg aufhorchen.

In der gegenwärtigen Politik des Berliner Innensenats sehen wir Anzeichen einer Umstrukturierung des Berliner Feuerlöschwesens, die uns beunruhigt.

Der Förderung des Feuerwehrdienstes und seiner Integration in das bürgerliche Leben in der Kommune sieht sich der Blankenburger Feuerwehr- Verein e.V. verpflichtet.

### ***Der BFV- e.V. bezieht dazu Stellung:***

Der Bau einer neuen Feuerwache im Nordosten Berlins ist zu begrüßen und daher kein Thema. Wenn uns die Berufsfeuerwehr („BF“) hier unterstützen will, natürlich auch nicht.

Wenn damit jedoch eine bewußte Zurückdrängung bzw. Entpflichtung der Freiwilligen Feuerwehren einherzugehen sollte, schon eher. Denn hier, im Berliner Nordosten, werden Gefahrenabwehr und Nothilfe größtenteils durch die FF gestemmt, und das seit den Anfängen des Berliner Feuerlöschwesens um die Jahrhundert- Wende 1900. Das macht uns stolz, und wir wollen natürlich, dass es so bleibt.

Natürlich haben wir Verständnis, daß – frei nach Willi Brand „...jede Zeit ihre eigenen Antworten braucht...“ – gegebenenfalls auch Reformen zum Wohle der Allgemeinheit geboten sind.

Wenn FF- Kameraden jedoch plötzlich amtliche Schreiben bekommen, daß sie ab sofort nicht mehr diensttauglich sind, konträr zur Tatsache, daß die Betroffenen zum Zeitpunkt sehr wohl über eine gültige Tauglichkeit („G26“) verfügen, entrüstet dies, gelinde gesagt. Abgesehen vom Gefühl, dem Tenor der amtlichen Formulierung nach, einfach abserviert zu sein.

Die Rechtswirksamkeit dieser Schreiben ist für uns auch deshalb zweifelhaft, da A) keine Rechtsgrundlage benannt ist, und B) der Geltungsbereich einer medizinischen G26- Untersuchung übergreifend und nicht feuerwehrspezifisch ist.

Denn im konkreten Fall ist ein FF- Mann, der im Zivilleben Dachdecker - und laut seiner Berufsgenossenschaft G26- tauglich ist - für die Landesbranddirektion plötzlich untauglich. Daß sich unsereins veralbert fühlt, liegt auf der Hand.

Auch bei sind jüngst drei dieser „Ausmusterungs- Mitteilungen“ eingegangen, wurden drei Kameraden einfach mal so aus der Einsatzabteilung gekickt. Obwohl zwei Mann mittlerweile wieder „rehabilitiert“ sind, sind die Gründe schwer nachvollziehbar.

Erlebte Episoden von Berliner FF- Kameraden im Zuge dieser Ereigniskette erhärten unseren Verdacht, daß senatsseitig ein Konfrontationskurs gegen die FF gefahren wird.

### ***Stichwort Beispiele:***

1. Das medizinische „Aus“ eines FFER, der allerdings zuvor bei der BF tauglich wurde
2. Die jüngste Festlegung, daß jeder Fahrzeugführer der FF (der „Staffelführer“) auch maskentauglich sein muß, löst bei uns wenigstens noch Heiterkeit neben dem Unverständnis aus. Das gab es bei der Feuerwehr noch nicht, und eine Dringlichkeit dafür läßt sich nach Sachlage kaum herbeireden
3. Ein BF- Mann aus dem Land Brandenburg, der bei der dortigen BF Tauchdienst- tauglich ist und damit auch bei erstklassiger Gesundheit ist, fiel beim Eignungstest für die Berliner FF medizinisch durch
4. Bei unseren Tauglichkeitsuntersuchungen haben wir keine Möglichkeit der Einsichtnahme bzw. Abzeichnung der Befunde (nach Maßgabe unseres med. Verständnisses)

Eine übertrieben erscheinende Verschärfung feuerwehrspezifischer Akzeptanz-Kriterien sowie die signifikante Häufung von derartigen Inpflichtnahmen – für uns sachlich nicht immer nachvollziehbar – bringt uns an die Grenze unserer Möglichkeiten, den gestellten Anforderungen nachzukommen.

Wir fühlen uns in Richtung Dienst- Untauglichkeit gedrängt, indem die Meßlatte hoch genug geschraubt wird und befürchten eine latente „Plattmachungs“- Politik zu Ungunsten speziell unserer FF.

Wenn auf unsere in der Vergangenheit erfolgten Anfragen bzw. Beschwerden dazu noch mit einer besonderen „Fürsorgepflicht“ des Dienstherrn argumentiert wird, aber andererseits die Anschaffung einer Absauganlage für Auspuffgase der startenden Löschfahrzeuge in unserer Fahrzeughalle seit Jahren versagt wird, stinkt das regelrecht zum Himmel.

Speziell im Osten Berlins sind wir seinerzeit erwartungsvoll in die demokratische Zukunft gegangen, wiewohl bald klar wurde, daß gewisse Erwartungen relativiert werden mußten.

Soll heißen, wir – und alle anderen Bürger - sind es, die von Wirtschafts- Monopolen dirigiert werden und auch nicht immer gefragt werden, wenn große Entscheidungen anstehen, siehe Euro- Einführung oder Wahl unseres Staatsoberhauptes. Damit können wir leben.

Im konkreten Fall sehen wir jedoch unser Ehrenamt torpediert, und damit gedenken wir nicht zu leben, denn wir sind seit jeher mit Enthusiasmus dabei.

Der Gedanke macht uns fassungslos, wenn „unsere“ FF - die in wechselvollen Zeiten wie Kaiserreich, Weimarer Republik, Hitlerfaschismus und real existierendem Sozialismus ihre Existenzberechtigung behaupten konnte - in der parlamentarischen Demokratie des 21. Jahrhunderts tatsächlich abgewickelt würde.

Das läßt Erinnerungen an den von der staatlichen Treuhand betriebenen Kahlschlag im pool der ehemaligen DDR- Betriebe in den 90ern hochkommen, wo ebenfalls überlebensfähige Betriebs- Konstrukte auf dem Altar lobbyistischer Interessen geopfert worden waren.

Es ist nichts weniger als das Ehrenamt – deren Bedeutung von der Bundesregierung nicht nur in Werbekampagnen anerkannt wird – das wir in Gefahr sehen!

Wir hoffen, daß den Berliner Senatspolitikern die Tragweite ihres Vorgehens klar ist. In kommunalen, besonders dörflichen Strukturen, sind die Freiwilligen Feuerwehren identitätsstiftend, und das seit jeher.

Eine Abwicklung der örtlichen FF ist aus unserer Sicht nahezu irreparabel.

Desweiteren sehen wir die Nachwuchsförderung für die Feuerwehr gefährdet.

Die Jugendfeuerwehren („JF“), die Nachwuchsgewinnung und –förderung umsetzen, werden ausschließlich von uns, den FF, geleitet.

Die JFs bieten den Heranwachsenden Perspektiven, von einer sinnvollen Beschäftigung, über ethischen Halt in kritischen Jugendjahren bis hin zur Ausbildung ihres Sinns zu gemeinnütziger Verantwortung in unserer Gesellschaft.

In Berlin gibt es derzeit 45 JFs mit insgesamt etwa 900 Mitgliedern. Daß sich auch aus den Reihen der JF der Profi- Nachwuchs für die BF- Liga rekrutiert, sollte klar sein. Damit auch die Folgen der Unterbrechung dieser „Nahrungskette“.

### ***Stichwort Kostenfrage:***

Ein vermuteter Ersatz der FF durch BF- Kräfte dürfte enorme Kosten verursachen.

In welcher Höhe sich diese für Technik, Einkommen und Pensionen bewegen, wissen BWL- ler sicherlich besser als wir.

Gering dürften sie wohl kaum ausfallen, da sind wir ziemlich sicher.

Und das in einer Metropole, die zwar sexy, aber arm ist.

### ***Stichwort Anerkennungs- Kultur für den FF- Dienst:***

Uns fällt auf, dass in den letzten Jahren bei offiziellen Anlässen oder Dienstjubiläen die Repräsentanz von Vertretern des Dienstherrn immer dünner wird. Eigentlich auch kein Thema, aber hier im Osten erinnern wir uns noch an geringfügige, stilistische Unterschiede an die Zeit vor '89.

Man mag zur vergangenen Gesellschaftsordnung stehen wie man will, aber auch der Appell mit Händedruck durch Funktionäre vom Rat des Stadtbezirks - vulgo „rote Socken“ - zweimal im Jahr war eine Form der Anerkennung, mit der wir uns durchaus identifizieren konnten.

War er letztlich ein Dank zum Schutz unserer Errungenschaften.

Derartig erscheinende Widersprüche fordern unseren Widerspruch heraus.

Diese Politik kann – zumindest so wie sie sich uns darstellt – nicht akzeptiert, sondern nur gerügt werden.

**Bald wird in Berlin eine neue Regierung gewählt.**

**Wir werden Wahl- Meilensteine formulieren und an alle zur Wahl antretenden Parteien richten, wie sie über das Ehrenamt – speziell zur FF - denken.**

**Wir erwarten eine klärende Stellungnahme der Berliner Landesbrand- Direktion**